

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung

Per Mail an: space@sbfi.admin.ch

Bern, 5. Mai 2025



**Sozialdemokratische
Partei der Schweiz**

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

Stellungnahme zum Bundesgesetz über die Raumfahrt

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit, zum geplanten Bundesgesetz über die Raumfahrt Stellung beziehen zu dürfen.

Die Bedeutung einer funktionsfähigen Weltrauminfrastruktur für die moderne Industrie- und Informationsgesellschaft nimmt seit Jahrzehnten weltweit stetig zu. Zwar ist der Raumfahrtsektor in der Schweiz derzeit noch überwiegend von staatlichen Aufträgen geprägt – der Bund investiert jährlich 305 Mio. CHF in die Raumfahrt. Mittlerweile drängen jedoch immer mehr private Weltraumakteure auf den Markt. Gerade im „New Space“-Sektor, wo private Akteure verstärkt tätig sind, fehlt es bislang aber an klaren Regelungen. Um einen verantwortungsvollen, nachhaltigen und sicheren Umgang von Raumfahrtanwendungen sicherzustellen, haben daher in den letzten Jahren zahlreiche Staaten entsprechende Weltraumgesetze erlassen – darunter sowohl die grossen Raumfahrtnationen wie die USA als auch kleinere Länder wie die Niederlande oder Belgien.

Im Grundsatz begrüssen wir daher den Schritt des Bundesrates, mit einem neuen Bundesgesetz über die Raumfahrt die privatwirtschaftlichen Aktivitäten von

Schweizer Satellitenbetreiber:innen regulieren zu wollen. Damit soll ein Schlüsselprojekt der Weltraumpolitik 2023 des Bundesrates umgesetzt werden.

Ziel des Gesetzes ist es, durch die Bewilligungspflicht von Aktivitäten im Weltraum, die Klärung von Haftungsfragen und Aufsichtspflichten sowie die Registrierung aller im All befindlichen Objekte (Führung des nationalen Weltraumregisters) für private Satellitenbetreiber:innen klare und verlässliche Regelungen zu schaffen. Genehmigungs- und Überwachungserfordernisse sollen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Sicherheits- und Haftungsrisiken zu minimieren. Insgesamt strebt der Bundesrat mit dem Gesetz mehr Verlässlichkeit für die Innovationstreiber in der Raumfahrt an und will so die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz im Bereich Raumfahrt sicherstellen. Mit den rechtlichen Rahmenbedingungen will der Bundesrat zugleich seinen völkerrechtlichen Pflichten nachkommen (UNO-Weltraumverträge).

Erstmals soll mit dem Gesetz auch dem Aspekt der Nachhaltigkeit im Weltraum Rechnung getragen werden. Dies mit dem Ziel, Raumfahrtrückstände («Weltraumschrott») zu vermeiden und den langfristigen Zugang und die friedliche Nutzung des Weltraums für künftige Generationen zu erhalten (Erläuternder Bericht, S. 4). Weltraumschrott soll dabei vor allem durch präventive Massnahmen reduziert werden – durch die Genehmigungspflicht von Aktivitäten im Weltraum und die Registrierung aller im All befindlichen Objekte im Weltraumregister. Die SP Schweiz begrüsst diese Massnahmen, fordert aber weitergehende Regelungen zur Sicherstellung der Nachhaltigkeit. Weltraumschrott gilt als eine erhebliche Bedrohung für die Sicherheit im All. Zigtausende Teile von alten Satelliten, Raketenstufen und anderen Objekten kreisen derzeit unkontrolliert um die Erde. Kollisionsgefahr und das Risiko, funktionsfähige Satelliten zu beschädigen, nehmen zu. In diesem Sinn braucht es klare Vorschriften, um einer Verunreinigung des Alls entgegenwirken. Dazu gehören besondere technische Anforderungen an die Satelliten, ein geordnetes Missionsende und Massnahmen zur Vermeidung von Kollisionen.

Kritisch sieht die SP Schweiz jedoch vor allem den Zeitpunkt der Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens. So plant die Europäische Kommission noch im zweiten Quartal 2025, einen Vorschlag für ein neues Weltraumgesetz («EU Space Law») vorzulegen. Dieses Gesetz soll einen EU-weiten Rechtsrahmen schaffen, um

eine sichere, nachhaltige, friedliche und demokratische Nutzung des Alls sicherzustellen. Die zentrale Bedeutung eines koordinierten europäischen Vorgehens bezüglich Weltraumpolitik hat auch die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SiK-N) erkannt. Vor dem Hintergrund der sich verändernden Sicherheitslage (Stichwort: Cyberrisiken im All) und der grossen Bedeutung der europäischen Weltrauminfrastruktur und -programme für die Schweiz hat sie am 13. Mai 2024 die Motion [24.3476](#) „Umfassende Kooperation mit der EU im Weltraumbereich“ überwiesen. Diese beauftragt den Bundesrat, eine umfassende Kooperation mit der EU im Weltraumbereich anzustreben. Die Motion wurde von National- und Ständerat angenommen, in der kleinen Kammer einstimmig.

Vor dem Hintergrund der Motion und des angekündigten neuen „EU Space Law“ ist es für uns nicht nachvollziehbar, warum der Bundesrat vorprescht und einen eigenen Weg Punkto Weltraumregulierung gehen will. Wir beantragen vielmehr, das Bundesgesetz zu sistieren und den auf europäischer Ebene laufenden Gesetzesprozess abzuwarten. Der Bundesrat selbst hat gegenüber dem Parlament angekündigt, «die Auswirkungen des EU-Weltraumgesetzes, das die EU-Kommission derzeit ausarbeitet, auf die Schweiz analysieren» zu wollen im Hinblick auf die weitere nationale Politik in Bereich der Weltraumpolitik. Die SP Schweiz verlangt jedenfalls eine enge und kohärente Koordination mit der europäischen Gesetzgebung in diesem Bereich. Dazu zählt auch eine Beteiligung an der geplanten Satellitenkonstellation der EU, dem Programm «Infrastructure for Resilience, Interconnectivity and Security by Satellite» (IRIS²), das die digitale Souveränität Europas stärken soll.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen,

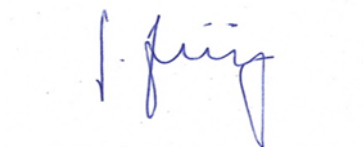
SP Schweiz



Mattea Meyer



Cédric Wermuth



Sandro Liniger



Co-Präsidentin

Co-Präsident

Pol. Fachreferent